



KOMMENTAR

„Gottfried forever“

Dr. Gottfried Timm (SPD) hat als unser letzter Innenminister vor Caffier wirklich alles getan, um der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern für immer im Gedächtnis zu bleiben. Dank seiner Qualitätsoffensive, so bezeichnete er in Eigenwerbung sein sogenanntes „Personalentwicklungskonzept (PEK)“ kommen wir heute mit 1000 Polizeibeschäftigten weniger aus als noch im Jahr 2000. In Auswertung sämtlicher wissenschaftlicher Erkenntnisse stellte er schon damals eine Kausalität zwischen Polizeibeamten und aufgenommenen Straftaten her und folgerte, Sherlock Holmes könnte fast neidisch werden, dass der Abbau von Polizeibeamten doch auch unweigerlich zum Rückgang der Kriminalität führen müsste. Tatsächlich besteht auch ein Zusammenhang. So ist erwiesen, dass die sogenannten Kontrolldelikte deutlich zurückgehen, wenn die Polizei ihre Kontrolltätigkeit aus Personalmangel nicht mehr wahrnehmen kann.

Die Verpackung des Programms zum massivsten Stellenabbau in der Geschichte unserer Landespolizei als Qualitätsoffensive war dann seine persönliche Reminiszenz gegenüber der Verpackungsindustrie. Bei Wikipedia kann man nachlesen: „Mogelpackung nennt man umgangssprachlich eine Verpackung für ein Konsumprodukt, die über die wirkliche Menge oder Beschaffenheit des Inhalts hinwegtäuscht. Im übertragenen Sinn wird der Begriff für ein Angebot verwendet, hinter dem sich weniger oder anderes verbirgt, als es den Anschein hat.“ Ja nun, was soll man dazu sagen. Stimmt!!!

Mit seiner Reform hat er sich außer bei der Finanzministerin keine Freunde gemacht. Aber man kennt ja die Halbwertszeiten von Innenministern, sie kommen und



Ex-Innenminister Dr. Gottfried Timm
Quelle: SPD-Landtagsfraktion M-V



Landesvorsitzender Christian Schumacher

gehen, was bleibt sind ihre Reformen. Und die Timm'sche Reform fällt uns noch heute täglich auf die Füße, wie die beabsichtigte Schließung von Polizeistationen zeigt. Sie ist verantwortlich dafür, dass es bei uns an allen Ecken klemmt. Die Einzige, die sich heute noch freut, ist die Finanzministerin, denn sie hat den Zusammenhang zwischen Polizei und Kriminalität richtig verstanden: Rückgang der Fallzahlen gleich weniger Polizisten.

Ich könnte mir vorstellen, dass sie schon heute den Tag errechnet hat, an dem sie keine Polizei mehr braucht. Vielleicht schauelt sie in ihren Träumen ihre Ersparnisse bereits um.

Christian Schumacher

BESOLDUNGSRUNDE 2013

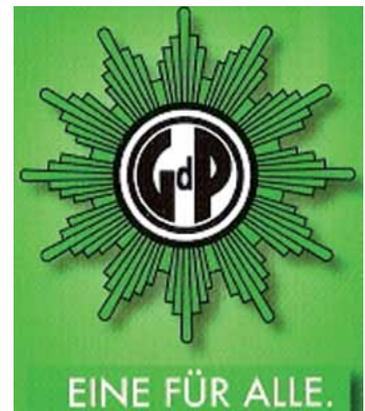
Verhandlungen gingen weiter

Die seit Mitte Mai unterbrochenen Verhandlungen mit der Finanzministerin zur Übernahme des diesjährigen Tarifergebnisses wurden am 12. Juni 2013 fortgesetzt.

Christian Schumacher, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), zeigte sich verwundert, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wurde, die Verhandlungen mit dem Finanzministerium wären mit der Vorlage eines Besoldungsübernahmegesetzes beendet. „Wir werden die Verhandlungen mit der

Finanzministerin am 12. Juni fortsetzen. Die Vorlage eines Gesetzentwurfs durch die Finanzministerin trägt nur unserer Forderung zur schnellen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten Rechnung.“ Ein Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Der Landesvorstand



1. Klausurtagung der JUNGEN GRUPPE

Am 23. Mai 2013 fand im Alago Hotel in Cambs die 1. Klausurtagung der JUNGEN GRUPPE statt. Obwohl wir aktuell über mehr als 500 Mitglieder im Land verfügen, war die Teilnahme mit neuen Personen leider sehr mau. Trotzdem können wir auf einen sehr erfolgreichen Tag zurückblicken.

Auftakt für die Klausurtagung war die Begrüßung durch den Landesjugendvorsitzenden Sebastian Weise. Durch diesen wurden die aktuellsten Informationen

vom Landesvorstand und der Arbeit des geschäftsführenden Landesjugendvorstandes vorgestellt. Im weiteren Verlauf wurden zwei Workshops durchgeführt. In dem einen wurde ein erster Entwurf für die Tagesordnung vom Ost-Länder-Treffen im Oktober ausgearbeitet. In



wir konnten innerhalb eines Tages sehr vielversprechende Arbeitsergebnisse hervorbringen und effektiv unsere nächsten Aktionen planen.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe August 2013 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 5. 7. 2013. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Leserschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



dem anderen wurden neue Ideen gesammelt, um die Begrüßung der neuen Kollegen im August und Oktober zu verbessern.

Vielen Dank an unsere Teilnehmer für diesen erfolgreichen Tag!

Der Landesjugendvorstand

Gespräch mit dem Abteilungsleiter

Des Weiteren wurden während der Tagung die wichtigsten Termine der nächsten Monate durchgesprochen. Unter anderem werden wir im Juni durch den Abteilungsleiter Frank Niehörster empfangen. Die Themenliste steht fest, sodass wir dieses Treffen nutzen werden, um auf aktuelle Probleme, vor allem für die jungen Beamten, aufmerksam zu machen.

Fazit des Tages ist, dass wir auch in Zukunft unseren jungen Mitgliedern eine Klausurtagung anbieten werden, denn

GdP M-V auf Facebook



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt-mir“-Button.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



DER LANDESVORSTAND

„Das wurde Zeit ...“

– „Bestandsdatenauskunft“ wird endlich geregelt –

Anlässlich einer öffentlichen Anhörung (23. Mai 2013) vor dem Innenausschuss des Landtages begrüßte der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörn Liebig, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes und des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes.

Liebig wörtlich: „Nachdem das Bundesverfassungsgericht bereits im Januar 2012 die Regelungen zum Umgang und zur Speicherung von Telekommunikationsdaten durch die Sicherheitsbehörden gerügt hatte, wurde es Zeit, dass auch Mecklenburg-Vorpommern diesen Vorgaben konsequent folgt und insbesondere unsere polizeirechtlichen Bestimmungen novelliert. Für unsere Sicherheitsbehörden bedeuten diese Regelungen

Rechtssicherheit und Rechtsklarheit und zugleich einen ersten Schritt in Richtung „Waffengleichheit“ mit Straftätern.

Befürchtungen von Gegnern der Gesetzesnovelle trat Liebig entgegen, „Die Sicherheitsbehörden unseres Landes sind in der Vergangenheit sorgsam und auch sparsam mit diesen Instrumenten umgegangen.

Und das wird auch zukünftig der Fall sein. Und wenn es dennoch im Einzelfall

Zweifel geben sollte, unterliegen diese Maßnahmen der richterlichen bzw. der parlamentarischen Kontrolle. So funktioniert Rechtsstaat.“

Der Innenausschuss des Schweriner Landtages wird sich voraussichtlich in seiner nächsten Sitzung abschließend mit der Gesetzesnovelle befassen.

Der Landesvorstand

LANDEFACHAUSSCHUSS – WSP

Konstituierende Sitzung

Am 30. Mai 2013 trafen sich in der Landesgeschäftsstelle in Schwerin die durch die Kreisgruppen benannten Fachausschussmitglieder zur Wahl ihres neuen Vorstandes. An der Sitzung nahm auch Manfred Seegert, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes, teil.

Nachdem sich im April 2013 der geschäftsführende Landesvorstand neu konstituierte, wählten nun auch die Mitglieder des Landesfachausschusses – WSP ihren neuen Vorstand.

Zum Vorsitzenden wurde Henry Losch, KG Nordwestmecklenburg, gewählt.

Die Wahl zum Stellvertreter entfiel auf Heinz-Peter Kröning, KG Neubrandenburg.

Als Schriftführer für die anstehende Wahlperiode fungiert Maik Janicki, KG Stralsund.

Der bisherige Vorsitzende, Joachim Büttner, KG Nordwestmecklenburg, be-



Mitglieder des LFA WSP (von links nach rechts): Maik Janicki, Heinz-Peter Kröning, Thomas Giechen, Joachim Büttner, Manfred Seegert, Henry Losch (Vorsitzender), Axel Prager

dankte sich bei den Mitgliedern für die lange vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht dem neuen Vorstand viel Erfolg für die kommenden Aufgaben.

In der anschließenden Diskussion wurden die aktuellen wasserschutzpoli-

zeilichen Themen erörtert wie der Stellenabbau, Änderung der Dienstverrichtung in den WSPIn, Streichung von Zulagen und die Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung.

Joachim Büttner



KLEINE ANFRAGE

Gewalt gegen Polizeibeamte und ANTWORT der Landesregierung

DER ABGEORDNETEN BARBARA BORCHARDT, FRAKTION DIE LINKE,
DRUCKSACHE 6/1778

1. Wie viele Polizeieinsätze fanden in den Jahren 2010, 2011 und 2012 in Mecklenburg-Vorpommern statt?

Die Gesamtzahl aller Polizeieinsätze (Bundes- und Länderpolizeien) in Mecklenburg-Vorpommern wird statistisch nicht erfasst. Aus den Dokumentationssystemen der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern ergeben sich folgende Einsatzzahlen:

Jahr	Anzahl der Einsätze
2010	276 464 Einsätze
2011	285 861 Einsätze
2012	295 058 Einsätze

2. Wie viele Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Einsatz wurden in den Jahren 2010, 2011 und 2012 verzeichnet (bitte aufschlüsseln nach Jahr und Deliktart)?

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wurden die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Straftaten zum Nachteil von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten erfasst.

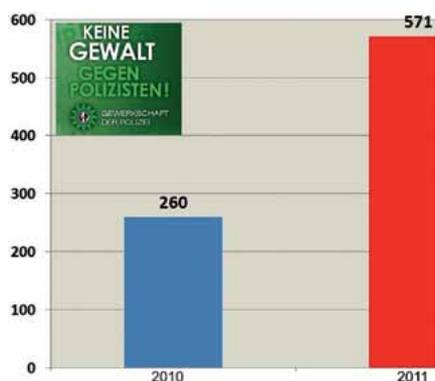
Anzahl der erfassten Fälle

	2010	2011	2012
Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte	429	409	437
Mord gem. § 211 StGB	2	0	0
davon: versuchter Mord gem. § 211 StGB	2	0	0
Totschlag und Tötung auf Verlangen gem. §§ 212, 213, 216 StGB	3	2	2
davon: versuchter Totschlag und Tötung auf Verlangen gem. §§ 212, 213, 216 StGB	2	2	2
Gefährliche Körperverletzung gem. § 224 StGB (sonst. Tatörtlichkeit)	7	12	8
Gefährliche Körperverletzung gem. § 224 StGB (auf Straßen, Wegen und Plätzen)	28	21	32
Nötigung gem. § 240 StGB	15	17	10
Bedrohung gem. § 241 StGB	40	57	48
Vorsätzlich leichte Körperverletzung gem. § 223 StGB	61	64	78
Gesamt	585	582	615

Tabelle zur Frage 2

3. Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wurden in den Jahren 2010, 2011 und 2012 bei Einsätzen verletzt (bitte nach Jahren und Verletzungen aufschlüsseln)?

Statistisch aufbereitete Zahlen liegen nur für die Jahre 2010 und 2011 vor. Danach wurden im Jahr 2010 260 und im Jahr 2011 571 verletzte Beamtinnen und Beamte gemeldet.



Grafik: GdP M-V

4. In wie vielen Fällen führten die Verletzungen zur Dienstunfähigkeit (bitte aufschlüsseln nach Verletzung und nach Dauer der Dienstunfähigkeit)?

5. In wie vielen Fällen entstanden die Verletzungen im Zusammenhang mit einem Demonstrationsgeschehen (bitte aufschlüsseln nach Ort und Datum der Versammlung sowie Art der Verletzung mit ggf. Dauer der Dienstunfähigkeit)?

a) In wie vielen Fällen, in denen die Verletzungen durch Demonstrationsteilnehmer zugefügt wurden, sind Tatverdächtige ermittelt worden?

b) Welchem politischen Spektrum werden die Tatverdächtigen jeweils zugeordnet (bitte aufschlüsseln nach Phänomenbereich „links“, „rechts“, „nicht zugeordnet“)?

c) Bei welchen Versammlungen konnten keine Tatverdächtigen ermittelt werden und warum nicht?

6. In wie vielen der Fälle entstanden die Verletzungen nicht im Zusammenhang mit einem Demonstrationsgeschehen (bitte nach Ort und Datum aufschlüsseln sowie Art der Verletzung mit ggf. Dauer der Dienstunfähigkeit)?

a) In wie vielen Fällen sind Tatverdächtige ermittelt worden?

b) Welchem politischen Spektrum werden die Tatverdächtigen jeweils zugeordnet (bitte aufschlüsseln nach Phänomenbereich „links“, „rechts“, „nicht zugeordnet“)?

c) In wie vielen Fällen konnten keine Tatverdächtigen ermittelt werden und warum nicht?

Die Fragen 4, 5 und 6 werden zusammenhängend beantwortet.

Die Anzahl der Fälle, in denen Verletzungen zur Dienstunfähigkeit führen und die Einsatzanlässe, die zu Verletzungen bei Polizeibeamtinnen und -beamten geführt haben, werden statistisch nicht erfasst.

7. Mit welchen Ergebnissen wurden die Aufklärungen bei Übergriffen auf Polizeibeamte in den Jahren 2010, 2011 und 2012 (Einstellung, Freispruch, Verurteilung) (bitte aufschlüsseln nach Jahren und ggf. Strafmaß) abgeschlossen?

8. Wie viele Anzeigen gegen Polizeibe-



KLEINE ANFRAGE

amtinnen und Polizeibeamte wegen Körperverletzung im Amt wurden jeweils in den Jahren 2010, 2011 und 2012 gestellt und mit welchem Ergebnis (Einstellung, Freispruch, Verurteilung, ggf. Strafmaß)?

Die Fragen 7 und 8 werden zusammenhängend beantwortet. Die Anzahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Fälle wegen Körperverletzung im Amt gemäß § 340 StGB ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Anzahl der erfassten Fälle

2010 = 22
2011 = 50
2012 = 40

Darüber hinausgehend liegt kein aufbereitetes Datenmaterial vor.

9. Wie viele Anzeigen wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte wurden jeweils in den Jahren 2010, 2011 und 2012 gestellt? Wie viele davon nachdem zuvor eine Anzeige gegen einen Beamten gestellt wurde?

Die Anzahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Fälle wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Anzahl der erfassten Fälle

2010 = 437
2011 = 411
2012 = 443

Darüber hinausgehend liegt kein aufbereitetes Datenmaterial vor.

Hinweis: Der Minister für Inneres und Sport hat namens der Landesregierung die Kleine Anfrage mit Schreiben vom 8. Mai 2013 beantwortet.

Quelle:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 6/1778
6. Wahlperiode 10. Mai 2013

KEINE GEWALT GEGEN POLIZISTEN E.V.

Gerke Minrath für Deutschen Engagementpreis 2013 nominiert

Gerke Minrath (Foto), Vorstandsvorsitzende des Vereins Keine Gewalt gegen Polizisten e.V., ist für den Deutschen Engagementpreis 2013 nominiert. Der Einsatz für Polizeibeamte erfährt durch diese Nominierung eine besondere Anerkennung. Gerke Minrath wurde aufgrund ihrer Arbeit für die Bekanntmachung des Problems der steigenden Gewalt gegen Polizeibeamte für den Deutschen Engagementpreis vorgeschlagen.

Dazu Minrath: „Ich freue mich über die Nominierung, zeigt sie doch, dass die gesellschaftliche Bedeutung dieses Themas klarer wird. Sollte ich ein Preisgeld gewinnen, wird dieses natürlich der Verein erhalten.“ Sie dankt allen Unterstützern, freiwilligen Mitarbeitern und ganz besonders den 64 Mitgliedern des Vereins. Mehr Informationen über die Arbeit von Keine Gewalt gegen Polizisten e.V. sind unter www.kggp.de zu finden.

Der Deutsche Engagementpreis stärkt die Aufmerksamkeit und die Anerkennung für freiwilliges Engagement in Deutschland. Träger des Preises ist das Bündnis für Gemeinnützigkeit, ein Zusammenschluss von großen Dachverbänden und unabhängigen Organisationen des Dritten Sektors sowie von Experten und Wissenschaftlern. Förderer sind das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Generali Zukunftsfonds.

Seit 2009 wird der Deutsche Engagementpreis jährlich in den Kategorien Gemeinnütziger Dritter Sektor, Einzelperson, Wirtschaft sowie Politik & Verwaltung ausgelobt. Mit der Schwerpunkt-kategorie „Gemeinsam wirken – mit Kooperationen Brücken bauen“ würdigt der Deutsche Engagementpreis in diesem Jahr insbesondere Kooperationen unterschiedlicher Initiativen, die gemeinsam gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen wollen.

Eine Experten-Jury wählt im September die Preisträger und die 15 Finalisten für den Publikumspreis. Den Gewinner



des mit 10 000 Euro dotierten Publikumspreises wählen die Bürgerinnen und Bürger im Oktober unter www.deutscherengagementpreis.de.

Alle Preisträger des Deutschen Engagementpreises werden im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung am 5. Dezember 2013, dem internationalen Tag des Ehrenamtes, in Berlin bekanntgegeben und ausgezeichnet.



Ich möchte Mitglied im KGGP e.V. werden

Je größer die Anzahl der Mitglieder im Verein ist, desto lauter wird unsere Stimme. Deswegen freuen wir uns über jeden Mitgliedsantrag.

Der Aufnahmeantrag, die Beitragsordnung und viele weitere Information findet man im Internet unter www.kggp.de. Hier besteht dann auch die Möglichkeit eines Online-Antrages.



Einer für alle, alle für einen

– GdP-Nordländer praktizieren Schulterchluss in Bremen –

Nicht, dass Horst Göbel, Landesbezirksvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Bremen, sich beim Treffen des Norddeutschen Bundes der GdP am 23. Mai in der Hansestadt mit langen Begrüßungsworten aufgehalten hätte. Nach einer kurzen Willkommensformel und einer Vorstellungsrunde seitens der angereisten Kollegen aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, kam er gleich zur Sache.

Denn ein Thema brannte dem Bremer GdP-Chef unter den Nägeln und duldete aus aktuellem Anlass keinen Aufschub. Am Sonnabend, dem 25. Mai 2013, wollte die GdP Bremen eigentlich groß feiern: 50-jähriges Bestehen! Das Jubiläum sollte mit einem Festakt im Bremer Rathaus begangen werden, mit allem Drum und Dran und geladener Polit-Prominenz. Ein Jahr lang war das Ereignis geplant und vorbereitet worden, doch eine Woche vor dem Ehrentag von Feierlaune und Feststimmung keine Spur mehr. Dem Bremer Senat war es gelungen, beides zu zerschlagen.

Was war da los?

Wie in den anderen Bundesländern, hatte sich die GdP in Bremen dafür eingesetzt, dass das Tarifergebnis für Angestellte eins zu eins auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird - mit ähnlich negativem Ergebnis wie z. B. in Berlin. Nachdem sich diesbezügliche „Verhandlungen“ mit dem Senat laut Horst Göbel zuletzt zur „Anhörung bei Hofe“ entwickelt hatten, griffen die Bremer zu einem anderen, sehr probaten Mittel, ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen: Die Gewerkschaft der Polizei organisierte eine Demonstration von Polizistinnen und Polizisten vor der Bremer Bürgerschaft. Um die Aufmerksamkeit der Abgeordneten zu bekommen, wurden Bilder von Kolleginnen und Kollegen auf dem Boden ausgelegt und eine Gasse gebildet, sodass die Politiker auf dem Weg ins Parlament über die Plakate laufen mussten. Das Motto der Aktion lautete entsprechend: „Ihr tretet uns mit Füßen“. Doch niemand rechnete damit, dass das im übertragenen Sinne wenig später tatsächlich in der Bürgerschaft geschehen sollte. Dort verhöhnte die grüne Finanzsenatorin Karoline Linnert die Protestaktion der Polizistinnen und Polizisten und tat sie als „Kindergarten“ ab. Als der erste Schock verklungen war, be-

schloss die GdP Bremen, die Jubiläumsveranstaltung abzublasen – aber nicht ganz, sondern nur im Rathaus. Stattdessen wurde das Fest ins Konzerthaus „Die Glocke“ nebenan verlegt. Und die Landesregierung wurde offiziell eingeladen. Punkt. Horst Göbel ist mit seiner Geschichte am Ende und erntet Kopfschütteln und Fassungslosigkeit seitens der Kollegen aus den anderen norddeutschen Landesbezirken. Respektvoller Umgang miteinander sieht anders aus, sind sich schnell alle einig und willens, dies dem Bremer Senat auch deutlich zu sagen. Ein offener Brief an die Regierung wird aufgesetzt. Darin erklären sich die Landesvorsitzenden mit den Gewerkschaftern der Hansestadt und ihrer Reaktion auf das Verhalten des Senats solidarisch. Auszug:

„Mit Befremden mussten wir die aktuellen Entwicklungen des Umgangs in der politischen Landschaft der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis nehmen. Insbesondere die diskreditierenden Äußerungen der Finanzsenatorin Karoline Linnert anlässlich der Sitzung der Bremer Bürgerschaft am 16. Mai 2013 gegenüber gewerkschaftlichen Aktivitäten zur Durchsetzung von Interessen der Beamtinnen und Beamten bewegen sich unseres Erachtens außerhalb eines respektvollen Umgangs einerseits im Verhältnis zwischen den politischen Gesprächspartnern und insbesondere aus der Perspektive des Dienstherren gegenüber seinen Beschäftigten. Vor diesem Hintergrund teilen wir die Entscheidung der GdP Landesbezirk Bremen, den gemeinsam mit dem Senat geplanten Festakt eigenständig außerhalb des Rathauses zu begehen. Wir möchten ausdrücklich betonen, dass aus Sicht der norddeutschen Landesbezirke ein solcher Umgang des Senats und eine Beeinträchtigung des politischen Klimas in keinem Land zu tolerieren ist. (...)“.

Anlass des Treffens des Norddeutschen Bundes der Gewerkschaft der Polizei war jedoch – neben den Feierlich-



Foto: DP, Silvia Brinkhus

keiten zum 50. Gründungstag der Bremer GdP – auch und vor allem Erfahrungen auszutauschen sowie die Zusammenarbeit über die „Ländergrenzen“ hinweg auszubauen und zu festigen. Ein Punkt auf der Tagung war beispielsweise die Kennzeichnungspflicht. Dabei stellte sich heraus, dass diese von den jeweiligen Ländern völlig unterschiedlich gehandhabt wird – von keiner Kennzeichnungspflicht in Hamburg über eine freiwillige in Mecklenburg-Vorpommern bis hin zum „Muss“ in Berlin und einer Klage dagegen in Brandenburg. Die Landesvorsitzenden stellten fest, dass verschiedene Themen wie eben Kennzeichnungspflicht, Ombudsmann oder Pfefferspray von bestimmten Gruppen forciert würden, um die Polizei auf Dauer zu schwächen. Dass das nicht toleriert werden darf, lag für alle auf der Hand. Zuletzt wurde überlegt, dort, wo es machbar ist, eventuell künftig gemeinsame Seminare anzubieten. Das, so war sich der Norddeutsche Bund der GdP einig, wäre eine gute Gelegenheit, den persönlichen Kontakt auch auf der Mitgliederebene herzustellen. Und dass ein Austausch letztlich nur positive Aspekte mit sich bringt – das hat die Begegnung in Bremen unter Beweis gestellt.

Die Feier zum 50. Jubiläum der GdP Bremen übrigens, die dann in der „Glocke“ stattfand, wurde trotzdem – oder gerade wegen der fehlenden Landespolitiker – ein voller Erfolg! Wir wünschen unseren Kolleginnen und Kollegen in Bremen weiterhin Durchhaltevermögen im Umgang mit dem Senat und alles Gute für ihre künftige Arbeit!

Silvia Brinkhus,
Pressesprecherin der GdP Berlin



KREISGRUPPE GREIFSWALD

Auswertung des Jahres und neue Ziele gesteckt

Ein Jahr als neuer Vorstand der Kreisgruppe Greifswald war Anlass genug, eine Mitgliederversammlung durchzuführen.

Diese fand am 16. Mai 2013 im Bowlingcenter Hartmut Lehmann in Greifswald statt.

Neben der Auswertung des zurückliegenden Jahres seit der Neuwahl im April 2012 stand natürlich auch die Berichterstattung des 6. Landesdelegiertentages in Rostock auf dem Programm. Der neue Landesvorsitzende Christian Schumacher ließ es sich nicht nehmen, in dem Zusammenhang auch ein paar Worte an unsere Mitglieder zu richten. Außerdem hatten wir die Ehre, unserem langjährigen Mitglied Hans Günter Becker (siehe Foto) zu 40 Jahren GdP-Mitgliedschaft zu gratulieren. Danke für deine Treue!

Weiterhin brachte uns unser Gast Silvio Plötz von der Partnersversicherung Signal Iduna in einem interessanten Vortrag die Notwendigkeit bzw. Nützlichkeit der „Pflege Bahr Versicherung“ mit ih-

ren verschiedenen Modellen nahe. Nachdem wir dann den Fahrplan für den Rest des Jahres besprachen, der eine Fahrt mit dem Segelschiff „Vorpommern“ am 12. Juni, eine Fahrradtour mit anschließendem selbst gebackenen Kuchen und Brot aus eigener Herstellung von unserem Mitglied Erich Peters im August und zum Ende des Jahres unseren beliebten Tanzabend beinhaltet, ließen wir uns das Abendbrot schmecken. An dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an Josi und Peter für die Hilfe bei der Zubereitung der Speisen!

Einige unserer Mitglieder haben den Abend dann mit einer sportlichen Einheit beim Bowling ausklingen lassen.

Bleibt uns nur zu wünschen, dass uns unsere weiteren Vorhaben gelingen!

Anja Stolzenburg



GLÜCKWUNSCH

„Nicht die Jahre in unserem Leben zählen, sondern das Leben in unseren Jahren zählt.“ (Adlai E. Stevenson)

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag wünschen wir unseren Mitgliedern Dörte Schröder, Hartmut Mertens, Jörg Rudnick, Manfred Hamann, Daniel Bogaczyk und Manfred Schermucksnies.

Des Weiteren wünschen wir Hans-Günther Becker zum 60. Jahrestag nur das Beste und viel Gesundheit.

Euer Vorstand der KG Greifswald

KREISGRUPPE LBPA/LPBK MECKLENBURG-VORPOMMERN

Mit Euch auf Radtour

Am 3. Juni war es wieder soweit. Die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im LBPA/LPBK hatte alle sportbegeisterten Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme an der Radtour „Rostock/Waldeck-Süd“ aufgerufen. Und auch die sechste Auflage der mittlerweile schon traditionellen Veranstaltung unserer GdP-Kreisgruppe erfüllte wieder alle Erwartungen der mehr als 30 Teilnehmer.

Sonne, Teamgeist, Spaß und auch ein gemeinsamer gemütlicher Abschluss, all das kennzeichnete diesen Tag. Nachdem die Schweriner Teilnehmer in Waldeck eingetroffen waren, ging es um 10.00 Uhr auf die ca. 60 km lange Rundtour. Über die Routenführung Kavelsdorf – Wiendorf – Göltenitz erfolgte die erste kleine Getränkepause mit einer kleinen Stärkung mit frisch gebackenem Kuchen in der Ortschaft Rukieten. Weiter ging es mit leichtem Rückenwind über Lüssow – Karow bis nach Käselow, wo unser Begleitfahrzeug, das GdP-Mobil, bereits mit der Mittagsversorgung wartete. Diese Stärkung war auch dringend nötig, da wir anschließend mit viel Gegenwind zu kämpfen hatten. In Dolgen am Dolgener



See erfolgte die letzte kurze Rast, die von einigen Teilnehmern auch gleich für einen kurzen Sprung ins Wasser genutzt wurde. Die letzten ca. 15 km bis zurück nach Waldeck erforderte von einigen Teilnehmern noch einmal die Mobilisie-

rung der letzten Kräfte. Aber der Gedanke an „frisch Gegrilltes“ machte vieles einfach leichter. Die Resonanz war wieder durchweg positiv.

Im Namen unserer Kreisgruppe möchte ich mich ganz besonders bei den vielen „Kleinen“ Helfern bedanken, die an der Vorbereitung und Durchführung mitgewirkt haben. Ohne diese Unterstützung ist die Durchführung einer solchen Tagesveranstaltung nicht zu realisieren.

Auch 2014 wird es wieder eine Fortsetzung geben. Alter und neuer Gewinner des GdP-Wanderpokals ist die BFE.

Herzlichen Glückwunsch!

*Jörn Liebig,
GdP-Kreisgruppenvorsitzender*



Zu Gast im Hauptrevier Waren

Im Rahmen der turnusmäßigen Arbeitstagung Ende April standen neben der guten Beteiligung der GdP-Senioren an den Demos zur TARIFRUNDE DER LÄNDER 2013 weitere ansprechende Themen auf der Tagesordnung.

Dazu gehörte die Gründung der ersten Seniorenvertretung in der GdP M-V vor mittlerweile 20 Jahren. Aufgrund der Entstehungsgeschichte der Seniorenvertretung gab es damals nur wenige Mitglieder. Heute arbeiten viele Senioren aktiv mit. Nicht nur die erhöhten Mitgliederzahlen haben zu einer besseren Vertretung der Interessen der GdP-Senioren geführt, sondern vor allem die erfolgreiche Arbeit in den Seniorenvertretungen selbst und in denen der Kreisgruppen. Die gute Zusammenarbeit mit dem GdP-Landesvorstand ist mit ein Garant für die Gestaltung einer interessanten Seniorenarbeit für alle Seniorinnen und Senioren und denen, die es bald sein werden. In einer der nächsten Ausgaben werden wir ausführlicher zu unserem Jubiläum berichten.

Auch auf dem Landesdelegiertentag waren die GdP-Senioren stark vertreten. Unsere Anträge wurden angenommen.

Sie betrafen einerseits den Einsatz des Geschäftsführenden Landesvorstandes für die Umsetzung des BSG-Urteils vom 23. 8. 2007 auch in M-V (bekannt unter dem Begriff der Einbeziehung des Pflegegeldes und von Auszeichnungen mit finanzieller Zuwendung in die Rente) sowie dafür, dass Einmalzahlungen bei Tarifabschlüssen auch an die Versorgungsempfänger gezahlt werden. Hoffen wir, dass die Finanzministerin die Tarifergebnisse 2013 für die Tarifbeschäftigten nun doch auf den Beamten- und Versorgungsbereich ohne Abstriche übertragen wird. Die Versorgungsempfänger müssen hier in vollem Umfang berücksichtigt werden.

Zu guter Letzt arbeiten wir daran, den Internetauftritt der Seniorengruppe, mit Unterstützung des Internetredakteurs der GdP-Website, Marco Bialecki, zu modernisieren. Wir hoffen dadurch, den Zugang für immer mehr Senioren zu



erleichtern. Diese sollen einfacher Informationen abrufen können und zugleich das Internet für sich entdecken und nutzen lernen.

Peter Anders

SENIORENGRUPPE ROSTOCK

Rostocker Senioren halten Anschluss

Wie bereits informiert, wurde durch Kollege C. Müller frühzeitig Kontakt zum Fahrlehrerverband Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen. Zum 22. Mai 2013 gab es dann für Teilnehmer aus der Seniorengruppe einen Termin beim Vorsitzenden des Fahrlehrerverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Helmut Bode.

Er gab uns einen kleinen Exkurs zu den Veränderungen/Neuerungen in der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und im Rahmen einer wertvollen Diskussion ausführliche Antworten zu darüber hinausgehenden Fragen.

Als Senioren haben wir in aller Regel die Fahrerlaubnis/den Führerschein bereits seit vielen Jahren. In dieser Zeit sind unterschiedliche Änderungen in der StVO eingetreten. Mit dem Erwerb der Fahrerlaubnis sowie der daraus resultierenden Tatsache, ein Fahrzeug im öffentlichen Straßenverkehr führen zu dürfen, wird hohe Verantwortung übernommen. Die Konsequenz daraus ist, dass man sich in der Folge mit Veränderungen sowie Neuerungen in der StVO im Einzelnen beschäftigt bzw. beschäftigen sollte.

Pro Jahr eine Kraftfahrerschulung

So war es z. B. üblich, dass in der Volkspolizei der DDR mindestens einmal pro Jahr eine „Kraftfahrerschulung“ stattgefunden hat, um im Straßenverkehr fit zu bleiben und den Anforderungen stets zu genügen.

Erklärt wurden durch Herrn Bode die neuen Verkehrszeichen. Einige „alte“ Verkehrszeichen sind wiederum weggefallen oder wurden umgewandelt. Ebenfalls wurde auf verschiedene, geänderte Bezeichnungen hingewiesen (ob nun verständlicher oder nicht?)

Ohne dass sich ein Teilnehmer am Straßenverkehr mit derartigen Veränderungen beschäftigt oder gar an diesbezüglich angebotenen Kursen teilnimmt,



kann es schon mal zu Konfliktsituationen kommen.

Die Ausführungen von Herrn Bode waren für alle verständlich und kamen kompetent bei uns an. Dafür möchte ich mich im Namen der teilnehmenden Senioren recht herzlich bedanken.

Hans Treite

